

## V7-Beschluss Solidarität mit Fridays for Future!

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 24.03.2019  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

### Antragstext

979 Seit Monaten streiken in Deutschland sowie in vielen weiteren Ländern jede Woche  
980 Schüler\*innen sowie Studierende für einen verantwortungsvollen Umgang mit der  
981 Klimakrise. Initiiert wurden die Streiks von der schwedischen  
982 Klimagerechtigkeitsaktivistin Greta Thunberg. Ihren Höhepunkt fand die  
983 Mobilisierung am 15.03.2019 beim globalen Klimastreik an über 2000 Orten in über  
984 100 Ländern. Allein in Deutschland beteiligten sich 300000 Menschen an den  
985 Streiks.

986 Die Reaktion der NRW-Landesregierung auf die Streiks fand bislang jedoch nicht  
987 durch eine Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Forderungen der Streikenden  
988 statt. Vielmehr verurteilt sie das Fernbleiben aus dem Unterricht und macht sich  
989 Gedanken, wie sie durch Sanktionen und Einschüchterungen die Klimastreiks  
990 unterbinden kann.

991 Die Dienstanordnung von Kultusministerin Yvonne Gebauer, nach der bei  
992 wiederholtem unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht, Sanktionen gegen  
993 Schüler\*innen angewendet werden sollen und nach Streiks nicht als  
994 außerschulische Veranstaltung genehmigt werden können, verurteilen wir als  
995 grundlegend falsch.

996 Diese Repressionen zeigen die Hilflosigkeit der Landesregierung gegenüber den  
997 Streikenden und die nicht vorhandenen Antworten von schwarz-gelb auf die das  
998 drängendste Problem unserer Zeit, die Gefahr eines Klimakollaps.

999 Bis vor kurzem bemängelten Politik, Medien und Gesellschaft das vermeintliche  
1000 Desinteresse der "Jugend von heute" am politischen Geschehen. Diesem Vorurteil  
1001 ruft die hochpolitische Bewegung "*Fridays for Future*" unsere Forderungen  
1002 entgegen. Scheinbar jedoch zur falschen Zeit und dann auch noch zu Problemen,  
1003 die eigentlich "für Profis" sind, wenn man Christian Lindner glauben schenkt.

1004 Die Argumentation der Landesregierung, dass Engagement für den Klimaschutz in  
1005 der Freizeit ja sehr begrüßenswert sei, ist komplett scheinheilig. Über  
1006 Jahrzehnte wurden Freizeitproteste für den Klimaschutz von der Politik  
1007 weitgehend ignoriert. Das Fernbleiben vom Unterricht verschafft dem Protest nun  
1008 erst die Aufmerksamkeit, die er schon immer verdient hat und ist im Angesicht  
1009 des Handlungsdrucks zur Abwendung der Klimakrise legitim.

1010 Die aktuelle Politik der Bundes- und Landesregierung ist eine des Stillstandes.  
1011 Der angedachte Kohleausstieg 2038 sowie die absolute Planlosigkeit bei der

1012 Verkehrswendestehen in keiner Relation zu dem, was wir machen müssen, um die  
1013 Pariser Klimaziele einzuhalten und unseren Teil dazu beizutragen. Das 1,5 Grad  
1014 Ziel darf nicht verfehlt werden, die Folgen wären fatal.

1015 Auch das "Ergebnis" der Kohlekommission kann kein Konsens sein, immerhin fehlte  
1016 eine ganze Generation sowie schon heute von der Klimakrise betroffene Menschen  
1017 im globalen Süden am Tisch!

1018 Genau deshalb nehmen wir gemeinsam mit den Streikenden von Fridays for Future  
1019 unsere Zukunft selbst in die Hand. Anstelle von Repressionen erwarten wir von  
1020 der Landesregierung, inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der  
1021 Jugendlichen auf den Straßen und damit eine klimapolitische Kehrtwende und ein  
1022 Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen.

1023 Wir Jugendlichen sind die Profis für unsere Zukunft.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.